

VORAN

50 Pfg.
+ Spende

Hansaring 4
5000 Köln 1
0221/134504

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Stoppt den Golfkrieg!

Die ersten Bomber wurden nach Bagdad geschickt! Nicht eine Sekunde wurde auf Hunderttausende gehört, die weltweit gegen diesen Krieg protestieren. Welche Arroganz der Macht! Bush beschwor nochmals die Notwendigkeit und Cheney lobte die Schlagkraft des Bombereinsatzes – Kriegspropaganda. Die sowjetische Führungselite sagte „Kein Kommentar“ – sie führt ja auch ihren eigenen Krieg in Litauen. Kohls Ansprache zu Kriegsausbruch, was für eine Heuchelei! Wer schickte denn Alpha-Jets in die Türkei? Wer spendiert Milliarden von Steuergeldern für diese Schlacht?

Die Kriegstreiber in ihren bequemen Büros sind bereit Zigtausende von Leben zu Vernichten! Krieg heißt nicht nur eine Katastrophe für die Golfregion. Die USA gehen von 2 Milliarden Dollar Kosten pro Kriegstag aus und haben zehntausende Särge im voraus bestellt. Hussein hat die Ölfelder Kuwaits vermint eine Zerstörung würde die gesamte Golfregion verdunkeln, den Persischen Golf mit einer Ölschicht bedecken und hätte katastrophale ökologische Auswirkungen weltweit. Und für was?!

Dieser Krieg ist nicht unser Krieg! Es geht um Macht und Profitinteresse. Es geht um Öl und nicht um Demokratie wie Bush und Co. weismachen wollen:

Zum Schutz kleiner Nationen?

– So wie die USA Panama schützten und beim Einmarsch 7000 Menschen töteten?

Die amerikanische Botschafterin im Irak sagte zwei Tage vor der Invasion von Saddam Hussein: „Seitens der USA gibt es keine spezielle Haltung zu einem innerarabischen Konflikt wie Ihren Grenzstreitigkeiten mit Kuwait.“

Zur Befreiung von fremder Unterdrückung?

– Was haben die USA zur Befreiung der Palästinenser getan?

Um Frieden und Stabilität zu sichern?

– Was für ein Frieden und was für eine Stabilität mit Jahrzehnten von Kolonialismus und wirtschaftlicher Ausbeutung des ganzen Mittleren Ostens?

Um Diktatoren zu stoppen?

– Aber wer hat den Saddam Hussein mit chemischen und biologischen Waffen versorgt und ihn unterstützt solange er im Interesse der Westmächte handelte?

Wie können USA und UNO behaupten für Demokratie einzutreten, wenn sie nicht einmal versuchen die Unterstützung des irakischen Volkes zu gewinnen? Sonst würden wohl kaum Bomber nach Bagdad geschickt. Ihr Ziel ist es die alte – nun zu gefährliche – Marionette Hussein gegen eine andere, erfolgssamere einzusetzen.

Und auch die sowjetische Bürokratie unterstützte Saddam Hussein und sein Regime in der Vergangenheit.

Der Diktator muß gestoppt werden! Aber dies kann nur durch das irakische Volk geschehen. Nur eine Bewegung der arabischen Massen kann Freiheit und Demokratie für die gesamte Golfregion bringen, und alle Diktaturen – einschließlich der Ölscheichs! – beseitigen.

Ein Ziel wurde mit dem Truppenaufmarsch am Golf bereits erreicht: Er brachte der Rüstungsindustrie und den Öl-Multis millionenfachen Profit. Texaco allein machte über eine Milliarde extra plus!

Der weltweite Protest gegen den Krieg zeigt, daß hier nicht die „Völker der Welt“ entschieden haben. Deshalb muß eine Kampagne gegen den Krieg aufgebaut werden um den Druck auszuüben den Krieg zu stoppen. Bisher haben die Kriegstreiber gezeigt, daß sie sich nicht von den ersten massiven weltweiten Protesten vom 12. bis 15. Januar nicht beeindruckt und stoppen ließen. Deshalb muß die Antikriegsbewegung organisiert werden, um mit deutlichen Parolen und Aktionen diesen Krieg zu stoppen! (17.1.91)

SPD/DGB-Mobilmachung gegen den Krieg!

SPD/DGB – sagt Nein!

Hunderttausende von Mitglieder von SPD und DGB haben sich an Demonstrationen und Protestaktionen der Anti-Kriegsbewegung beteiligt. In manchen Betrieben haben Beschäftigte spontan die Arbeit niedergelegt. Aber noch immer wartet die Mitgliedschaft von SPD und DGB, daß die Führung ihrer Organisationen handelt. Die Bundestagsfraktion hat sogar beschlossen, daß sie die Resolution der UNO zum Nahen Osten unterstützt. Das heißt letztlich, militärischen Maßnahmen zuzustimmen. Ein Antrag von linken Abgeordneten, den Rückzug der Alpha-Jets aus der Türkei zu fordern, wurde von der Fraktion mit 2/3-Mehrheit abgelehnt. Fraktionsvorsitzender Vogel: „Eine absolute Nebensache, auf die man keine Energien verschwenden soll.“ Nun ist es wahrlich keine Nebensache mehr. Nun kann der Rückzug der Bundeswehr zum entscheidenden Signal werden, zu einem wirklichen, kraftvollen NEIN!

Die Haltung der Fraktion und der jetzt erfolgte Kriegsausbruch wäre, wenn keine Umkehr erfolgt, historisch vergleichbar mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten zum ersten Weltkrieg 1914. Die Marxisten in der SPD rufen auf: Sagt NEIN!

Denkt an Liebknecht und Rosa Luxemburg, als Vorbilder im Kampf gegen Militarismus und Krieg! Dies ist die Tradition in der wir heute, hier und jetzt zu stehen haben. Und nicht auf der Seite der Kriegshetzer, derjenigen, die die Bomber starten ließen und nicht derjenigen, die dem schweigend oder laut zustimmen.

SPD und DGB stehen hier und jetzt in der Verantwortung ein Blutbad zu verhindern! NEIN zu sagen zu der Schlacht die nun begonnen hat! Ihr ganzes Gewicht, die ganze Kraft ihrer Organisationen müssen jetzt in die Waagschale geworfen werden! Nur noch ein bundesweiter Protest mit massiven zentralen Kundgebungen und eintägigen Generalstreik kann jetzt nötigen internationalen Druck ausüben diesen Krieg zu stoppen! Die Bundesregierung wäre ebenfalls dadurch gezwungen diesem Krieg jegliche Unterstützung zu versagen. Und dies wäre ein entscheidender Erfolg die Allianz der Kriegshetzer aufzubrechen.

Ein Ziel der Bewegung muß sein die Bundeswehr aus der Türkei zurückzuziehen um weltweit ein Signal zu setzen. Der Luftangriff gegen Bagdad beweist, daß Lippenbekenntnisse gegen den Krieg nicht ausreichend sind. Das heißt konkret an die Adresse der SPD ihre Kraft im Bundestag gelten zu machen. Massive Opposition gegen den Krieg! Sie muß deutlichen für wessen Interessen gekämpft wird. Das dieser Krieg nicht für Demokratie und Freiheit, sondern um Macht und Profit geführt wird. Die SPD muß den Bundestag als Plattform nutzen um im ganzen Land zu mobilisieren und das NEIN zu diesem Krieg in die Welt zu tragen. Wieviele Tote werden gezählt bis diesem sinnlosen Schlachten ein Ende gesetzt wird? Durch die Vereinigung Deutschlands gehören die Gewerkschaften hier mit zu den Größten in der Welt. Diese Kraft gilt es jetzt einzusetzen, in die Waagschale zu werfen. Schon vor Kriegsausbruch war es fraglich ob fünf Minuten Schweigen, geplant vom DGB Bundesvorstand, die richtige Maßnahme war. Doch wer denkt jetzt an Schweigen? Aufzustehen heißt es und laut zu rufen NEIN! STOPPT DIESEN KRIEG! Das ist es, was jetzt die Gemüter bewegt. Nicht ohnmächtig diesem Treiben gegenüberstehen sondern ihm entgegenzutreten, mit aller Macht.

Die Schuld für die Barbarei, die zu vermeiden Hunderttausende die letzten Tage weltweit auf die Straße trieb, liegt eindeutig bei Bush und Co.! Die Verantwortung sie zu stoppen, die Verantwortung dagegen, hier in ganz Deutschland, sich einzusetzen und zu mobilisieren bei SPD und DGB

Sagt Nein zu diesem Krieg!

Stoppt das Blutbad!

NATO und UNO-Truppen raus aus dem Golf!

Özal unter Druck

Die Heuchelei von Bush und Kohl wird in der Türkei deutlich entpuppt. Die US-Truppen in der Golfregion und die deutschen Luftwaffe-Piloten in der Türkei sollten angeblich die Demokratie, Menschenrechte und das Recht auf nationale Selbstbestimmung verteidigen, doch das Gegenteil ist wahr.

66% der türkischen Bevölkerung ist gegen den Krieg. Alle Oppositionsparteien sind gegen den Krieg. Selbst die regierende Partei ist dagegen. Nur Präsident Özal, ehemaliger Chef der Unternehmervereinigungen, und eine kleine Clique in der Regierung sind dafür. Aber sie haben die Macht.

Diese Staatsmacht wird benutzt, um die Arbeiter zu unterdrücken. Die Gewerkschaften werden juristisch gefesselt, Streiks werden für illegal erklärt, Aktivisten verhaftet und gefoltert oder hingerichtet. Ein 16-jähriges Mädchen ist mit zehn Jahren Haft bedroht, weil sie ein Plakat gegen den Krieg in der Schule aufklebte. Millionen von Kurden leben unter einer brutalen Militärdiktatur, verboten, ihre eigene Muttersprache zu sprechen. Ihre nationale Identität wird verleugnet, sie werden als „Bergtürken“ klassifiziert. Und genau das ist das Gebiet,

das die deutsche Luftwaffe verteidigt.

Trotzdem hat sich eine revolutionäre Welle von Streiks und Demonstrationen überall gegen den Krieg und die Regierung entwickelt. Zwei Millionen Arbeiter nahmen am 4. Januar an einem „illegalen“ Generalstreik teil. 50.000 Bergarbeiter streikten seit November, Metall- und Textilarbeiter kamen dazu. In den zehn Jahren seit dem von der NATO unterstützten Militärputsch ist ihr Lebensstandard um 50% gesunken. Die Bergarbeiter dürften nicht einmal nach Ankara fahren um zu demonstrieren – alle Büsse wurden beschlagnahmt, und als sie mit ihren Familien zu Fuß auf die Hauptstadt marschierten wurden sie von 5000 bewaffneten Polizisten und Soldaten verhindert. Kein Wunder, daß die Parole der Arbeiter lautet: „Das ist nicht unser Krieg. Unser Krieg ist der Krieg gegen Özal!“

Nicht Kohls Luftwaffe, sondern die Arbeiter sind unser Vorbild in der Türkei!

Unterstützt die türkischen Bergarbeiter in ihrem Kampf und schickt Solidaritätsschreiben an: Genel Maden Is, Zonguldak, Türkei

Flammeninferno am Golf?

Ein großer Teil der Weltöffentlichkeit hat sich schon damit abgefunden, daß im Falle eines Krieges im Nahen Osten zahlreiche Soldaten und Zivilisten sterben müssen sowie Dörfer und Städte zerbombt werden. Was aber passiert, wenn die Ölfelder Kuwaits in Flammen aufgehen?

Wie am 4. Januar in der Frankfurter Rundschau zu lesen war, befürchteten Experten aus aller Welt in dieser Frage eine Umweltkatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes. Sollten die irakischen Streitkräfte die 850 Ölquellen in Kuwait sprengen, werden die Brände nach Meinung der Wissenschaftler monate- oder gar jahrelang anhalten. Die entstehende Rauchwolke werde so gigantisch sein, daß mit extremen globalen Auswirkungen wie einer Vergiftung der Atmosphäre und der Beschädigung der Ozonschicht über dem indischen Subkontinent zu rechnen ist. Zudem werden riesige Mengen von Öl unkontrolliert in den Persischen Golf gelangen und somit die Meere verseuchen.

Die in die Atmosphäre gelangende Menge an Rauch würde mehr als eine Million Tonnen pro Monat betragen. Der Treibhauseffekt auf der Erdoberfläche wird sich dadurch drastisch verschärfen. Doch noch schlimmere Konsequenzen hätte dieses Umweltdesaster für die Golfregion selbst. Die schwarze Wolke über den arabischen Staaten wird die Sonnenstrahlung so stark beeinflussen, daß ein Temperatursturz auf der Erdoberfläche von bis zu 20 Grad Celsius nicht ausgeschlossen ist.

Im schlimmsten Fall, so befürchtet der britische Ölexperte und Unterstützer der Anti-Kriegsbewegung in England John Cox, werde das Inferno zum Ausbleiben des Monsunregens führen. Dies würde Hunderte von Millionen Menschen in dieser Region die

Lebensgrundlage zunichte machen.

Andere Wissenschaftler sprachen davon, daß sich die Rauchwolke innerhalb weniger Wochen in der gesamten Atmosphäre verteilen werde, und dies Temperaturstürze auf dem gesamten Globus zur Folge hätte. Die riesigen Mengen an Giftstoffen (u.a. Kohlenmonoxid und Schwefeldioxid) zögen zusätzlich irreparable Schäden in den höheren Luftschichten mit sich.

Eine Verpestung der Meere durch Öl hätte kolossale Auswirkungen auf das Meeresleben im Nahen und Mittleren Osten, welches unwiederbringbar zerstört werden würde. Dem Fischhandel, der elementaren Grundlage der meisten Staaten dort, würde der Todesstoß versetzt.

Die Weltöffentlichkeit ignorierte bislang die Verminung und Sprengung von Ölfeldern in Kuwait. Aber in Anbetracht dieser drohenden Umweltkatastrophe sollten wir die Bevölkerung für dieses Thema sensibel machen, denn ein Flammeninferno schnell unter Kontrolle zu bekommen wird die USA und deren Verbündete vor große Probleme stellen, zumal viele Quellen und Ölfelder dicht beieinander liegen.

Ich möchte

VORAN

unterstützen und bitte
um weitere Informationen



Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504

Freiheit für Mahmoud Masarwa

Seit zwei Jahren sitzt der palästinensische Gewerkschafter und Sozialist Mahmoud Masarwa in einem israelischen Gefängnis. Als Gegner sowohl des Terrorismus gegen Juden als auch des diplomatischen Kuhhandels mit reaktionären Ölscheichs hat Mahmoud versucht, jüdische und arabische Arbeiter im Kampf für demokratische Rechte und Sozialismus gegen die israelische Regierung zu vereinen. Das ist sein wahres „Verbrechen“.

Solch eine Einheit der Arbeiter würde das Ende der Herrschaft des israelischen Statthalters der USA bedeuten. Aber nur ein sozialistisches Israel/Palästina könnte den Boden und den Reichtum unter beiden Völkern gerecht verteilen und die demokratischen und nationalen Rechte beider garantieren.

In einem kraß manipulierten politischen Schauprozess wurde Mahmoud wegen „Terrorismus und Spionage“ verurteilt. Die konkrete Beschuldigung: Er habe eine Reihe Bäume hinter seinem Betrieb niedergebrannt! Und diese existierten nicht einmal!

Abgeordnete, Parteien aus der Arbeiterbewegung und Ge-

werkschaften aus mehreren Ländern haben protestiert. Er braucht jede Unterstützung, gerade jetzt, da sein Fall in die Berufung geht.

Mahmoud leidet unter unerträglichen Umständen: 300 Briefe wurden ihm nicht ausgehändigt. Er hat seine Arbeit im Gefängnis verloren, weil er die Mitgefangenen „infiizierte“. Die Hälfte seines Essens bekommt er von außerhalb des Gefängnisses.

Schreibt Protestbriefe an die israelische Botschaft, Simrockallee 2, 5300 Bonn 2.

Schickt davon Kopien an: Kampagne „Freiheit für Mahmoud Masarwa“, c/o Wiebke Möbbius, Oranienstraße 165, 5000 Köln 91

Es werden auch weiterhin Spenden gebraucht um Anwaltskosten zu bezahlen und Mahmouds Familie zu unterstützen. Sammelt auch Geld bei Demonstrationen, auf Veranstaltungen, bei Info-Ständen etc

Spendenkonto: Postgiroamt Köln, Konto-Nr. 4159 96-503, BLZ 370 100 50

Unser Anti-Kriegsprogramm:

- * NATO- und UNO-Truppen raus aus dem Golf
- * Bundeswehr raus aus der Türkei. Kein Einsatz der Bundeswehr in diesem Krieg.
- * Sofortige Enteignung aller Rüstungskonzerne und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion unter Kontrolle der Belegschaften und Gewerkschaften bei voller Arbeitsplatzgarantie.
- * Sofortige Enteignung aller Ölkonzerne und Kriegsgewinnler.
- * Die Anti-Kriegsbewegung zeigt, daß die Kriegspropaganda in den Medien nicht die öffentliche Meinung ist. Deshalb Schluß mit Zensur und psychologischer Kriegsvorbereitung in den Medien und Durchsetzung demokratischer Kontrolle über sie.
- * Schluß mit Wirtschaftssanktionen gegen das irakische Volk. Der Sturz von Saddam Hussein darf nicht zur Sache des Imperialismus werden, weil das nur eine neue von den USA gestützte Diktatur bedeuten würde – wie früher in Kuwait und heute in Saudi-Arabien.
- * Für den Sturz des Hussein-Regimes und aller anderen Diktaturen im arabischen Raum durch die eigenen Völker.
- * Schluß mit der Ausbeutung des Nahen Ostens durch die Multis und Ölscheichs. Für eine Föderation demokratischer und sozialistischer Staaten des Nahen Ostens, die die Rechte aller Völker (einschließlich Kurden, Palästinenser und Israelis) garantiert.
- * Die SPD-Bundestagsfraktion muß die parlamentarische Vertretung der Anti-Kriegsbewegung sein. Der Bundestag muß von ihr als Tribüne für Anti-Kriegspropaganda benutzt werden. Jeder politischen und finanziellen Maßnahme, jedem Argument der Kohl-Regierung für Kriegsunterstützung und -beteiligung muß entschieden entgegengetreten werden. Die SPD-Fraktion muß ihren Beschluß, die UNO-Resolutionen zu unterstützen, rückgängig machen. Ferner soll sie ihre Zustimmung über den Verbleib der in der Türkei stationierten Alpha-Jets zurückernehmen. Es darf in der Geschichte der SPD keinen weiteren 2. August 1914 (Tag der Zustimmung zu den Kriegskrediten) geben.
- * SPD-regierte Länder, Städte und Gemeinden müssen jede von Bundesregierung, Bundeswehr oder US-Armee geforderte kriegsunterstützende Maßnahme öffentlich bekannt machen und ihre Durchführung ablehnen.
- * Nur durch Massenaktionen – nicht durch individuelle Aktionen – kann der Krieg verhindert werden. SPD und DGB müssen ihr gesamtes Machtpotential in die Anti-Kriegsbewegung einbringen und ihr Rückgrat bilden.
- * In allen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, auf allen Ebenen der Gewerkschaften und Partei müssen Versammlungen organisiert werden. Hier müssen die Mitglieder und Kollegen über die Heuchelei der UNO und der bürgerlichen Propaganda aufgeklärt und für die Anti-

Kriegsbewegung mobilisiert werden. Bei diesen Versammlungen sollen türkische Kollegen über die Bewegung und den Generalstreik in ihrem Heimatland berichten.

- * Die Gewerkschaften im Transportbereich und im öffentlichen Dienst einschließlich des Zivildienstes der Armeen müssen aufgefordert werden, jede Truppenbewegung und logistische Unterstützung für den Krieg zu bestreiken, bzw. ihre Einsätze selbst kontrollieren und bestimmen.

- * Der DGB muß sofort alle spontanen Streiks und Protestaktionen gegen den Krieg zu einem eintägigen Generalstreik in ganz Deutschland zusammenfassen und Massenversammlungen gegen die Kriegstreiber durchführen. Falls dies nicht ausreicht, den Krieg zu stoppen, müssen weitergehende Streiks organisiert werden.

- * Der europäische Gewerkschaftsdachverband muß aufgefordert werden, einen ganztägigen europaweiten Generalstreik gegen den Krieg auszurufen.

- * Organisation einer Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisation von Soldaten und ZDL und Durchsetzung folgender Rechte in Bundeswehr und Zivildienst:

- uneingeschränkte Rede- und Versammlungsfreiheit;
- das Recht, politisches Material der Anti-Kriegsbewegung in den Kasernen zu verteilen und zu diskutieren;
- Recht auf Wahl von unabhängigen Interessensvertretungsorganen;
- Streikrecht;
- Recht auf Absetzung der Vorgesetzten;
- Wahl der Vorgesetzten durch die Mannschaften;
- Recht auf heimatnahe Stationierung.

- * Kriegsdienstverweigerer und Deserteure dürfen nicht verfolgt werden. SPD und DGB müssen jeden rechtlichen, politischen und finanziellen Schutz für sie zur Verfügung stellen. Gegen Straf- und Disziplinarverfahren innerhalb und außerhalb von Armee und Zivildienst muß sofort vorgegangen werden.

- * SPD und DGB müssen das Recht auf politische Kriegsdienstverweigerung durchsetzen. Wenn Einheiten der Bundeswehr, der US- oder anderer Besatzungstruppen in den Golf geschickt werden, müssen sie von SPD und DGB aufgefordert werden, diesen Befehl kollektiv zu verweigern und diese Befehlsverweigerung organisieren. Dafür müssen sie volle Rückendeckung der organisierten Arbeiterbewegung erhalten bis hin zu Solidaritätsstreiks. Für amerikanische Soldaten, die ihren Einsatz am Golf verweigern, muß Asylrecht mit Arbeitserlaubnis durchgesetzt werden. Es soll nicht zur Desertion aufgerufen werden, weil es kein wirksames Mittel zur Kriegsverhinderung ist. Auch wenn einzelne gehen, bleibt die Kriegsmaschinerie bestehen und läuft weiter. Nur durch die Kontrolle über die Waffen kann ihr Einsatz am Golf verhindert werden.

Diesem System keinen Mensch und keine Mark!